

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lehrkünstler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßkolladen- u. Kekselindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreieckige Postzelle 50 Pfg., für die Zeilenstellen 30 Pfg.

Kriegsbeschädigte und Gewerkschaften.

II

Ein besonderer Programmpunkt der Kriegsbeschädigtenvereinigung ist die Bildung von „Arbeitsgenossenschaften für Heimarbeiter“. Blinde und andere schwer Beschädigte, die als Buchbinder, Schuh- und Korbflechter oder sonstige Heimarbeiter ausgebildet wurden und die neue Erwerbstätigkeit nunmehr selbständig betreiben, sollen bei der Beschaffung von Rohmaterialien unterstützt werden, wie auch bei der Auffindung von Absatzquellen, und zwar in der Weise, daß Kriegsbeschädigte Kaufleute oder andere fahrgewandte Kameraden die notwendigen Schreibereien unentgeltlich für sie besorgen. Bedarf es dazu einer besonderen Vereinigung? Die für Privatindustrie arbeitenden Kleinhandwerker lassen sich ihre Rohmaterialien vom Lager holen oder schicken; was nicht telephonisch erledigt werden kann, das wird persönlich oder schriftlich von den Angehörigen besorgt, ohne erst den gelegentlichen Besuch eines Kameraden abzuwarten. Befinden sich an einem Orte mehrere solcher Heimarbeiter der gleichen Branche, so daß sie sich genossenschaftlich vereinigen können, dann haben wir in unsern Konsumvereinen die gegebenen Absatzquellen. Die in einem Arbeitsverhältnis stehenden Heimarbeiter aber müssen die Mitgliedschaft in ihrer gewerkschaftlichen Organisation fortsetzen, oder aber der für sie zuständigen Organisation beitreten, um ihre Berufsinteressen in jeder Weise gewahrt zu wissen. Die einzelne Berufsorganisation kann dies natürlich weit wirksamer, als es einer Organisation der Kriegsbeschädigten für die Arbeiter und Angestellten der verschiedensten Berufe beim besten Willen möglich sein würde. Bei dieser Gelegenheit seien die weniger katechetischen Kriegsbeschädigten-Gewerkschaftsmitglieder auf den Nachteil hingewiesen, der ihnen aus der Preisgabe ihrer Mitgliedschaft erwächst. Bauen sie auf all die Versprechungen, die ihnen die Kriegsbeschädigtenvereinigung macht, dann können sie leicht zu dem Glauben verleitet werden, durch den Anschluß an diese bei einem Monatsbeitrag von 50 P. ihre Interessen vollauf gewahrt zu sehen. Unterlassen sie es deshalb, ihre Mitgliedschaft in der Verbände fortzusetzen, so begeben sie sich damit aller bisher erworbenen Rechte, auf die sie auch beim Uebertritt zu einer andern gewerkschaftlichen Organisation, die für ihre neue Gewerkschaftstätigkeit zuständig ist, Anspruch haben. Kommen sie hinterher zur Einsicht, daß die Zugehörigkeit zur Kriegsbeschädigtenorganisation ihnen nichts bieten kann, sondern der Anschluß an ihren Verband nach wie vor notwendig ist, dann können ihnen die infolge der früheren Mitgliedschaft erworbenen Rechte nicht mehr eingeräumt werden.

Die Hilfe für kranke Kriegsbeschädigte, die ebenfalls als Aufgabe der Sonderorganisation bezeichnet wurde, kann diese ebenjowenig direkt leisten, wie die Gewerkschaften es tun könnten. Es kann sich da lediglich um gelegentliche Besuche handeln und um etwaige Vermittlung der notwendigen Hilfsleistungen. Die Familienangehörigen der Kranken aber werden in den wenigsten Fällen darauf warten können, bis ein Beauftragter vom Kriegsbeschädigtenverein Zeit hat, einen Besuch zu machen. Sie werden selber bemüht sein, die nötige Hilfe zu schaffen und, soweit es notwendig ist, sich hierzu Auskunft zu holen oder Beschwerde führen, wozu ihnen das Geschäftszimmer des Verbandes oder des Arbeitersekretärs jeden Tag offensteht. Auch zur Gesundheitspflege der Kriegsbeschädigten, die einen weiteren Programmpunkt der Vereinigungen bildet, bedarf es solcher nicht. Was dazu notwendig ist, wie zum Beispiel die öffentlichen Schwimmbäder den Amputierten zu bestimmen Stunden ausschließlich zur Verfügung zu stellen, kann ohne Sonderorganisation besprochen. Schließlich will der Kriegsbeschädigtenverband

noch sogenannte Dankebeiträge schaffen. Soweit der beschädigte Zweck, den Mitgliedern bei der Beschaffung eines Stückchens Karloffel und Gemüselandes und dem Bedarf zu dessen Bestellung und Bearbeitung behilflich zu sein, nicht innerhalb der zahlreichen bestehenden Vereine und gemeinnützigen Vereinigungen erreicht werden kann, steht auch hier der Förderung billiger Anforderungen durch die Vertrauensmänner der Arbeiter- und Angestelltenchaft in den Gemeindevertretungen nichts im Wege.

Weiter ist die Einrichtung eines Unterstützungsfonds beabsichtigt. Der Anjammung eines solchen durch Heranziehung weiterer Kreise stehen die beschädigten Schwierigkeiten im Wege, während sich aus Mitgliederbeiträgen ein nennenswerter Fonds im Verhältnis zu den Ansprüchen nicht schaffen läßt, ohne die Mitglieder allzu sehr zu belasten. Jedenfalls steht dieser Fonds einstweilen erst auf dem Programm als ein Werbemittel für den Verband. Ohne die gute Absicht seiner Gründer anzuzweifeln, muß doch gesagt werden, daß es von ihnen Plänen ein weiter Weg ist bis zu ihrer Verwirklichung. Alle die Einrichtungen, die hier erst geschaffen werden sollen, haben die Kriegsbeschädigten-Gewerkschaftsmitglieder bereits in ihren Organisationen zur Verfügung. Kurzum, eine wirtschaftliche Sonderorganisation von Kriegsbeschädigten ist ebenso überflüssig, wie die gewerkschaftliche Organisation für die noch irgend erwerbstätigen Kriegsbeschädigten notwendig ist. Suchen die Kriegsbeschädigten ihre Interessen durch Sondervereinigungen zu vertreten, so laufen sie Gefahr, daß ihre Anforderungen als einseitig, übertrieben und unerschützt abgewiesen werden. Anders, wenn sie ihre Berufsorganisation mit der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen betrauen. Hier hat ihre Stimme von vornherein ein ganz anderes Gewicht und findet leichter den nötigen Widerhall. Und wenn die Verhältnisse es mit sich bringen, daß die Gesamtheit der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen gemeinsam für die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Kriegsbeschädigten eintreten muß, dann ist der Erfolg ein ungleich größerer und nachhaltiger, als ihn ein Delegiertentag der Kriegsbeschädigtenvereinigungen erzielen könnte.

Die Kriegsbeschädigten sollen und müssen selber mitwirken an der Wahrnehmung ihrer besonderen Interessen, ohne daß sie sich dabei auf sich allein verlassen und die Wirkung ihrer gesamten Berufsgenossen ausschlagen dürfen. Sie können es in einer Sonderorganisation nicht allen Parteien recht machen, ohne es schließlich mit allen zu verderben. Sie müssen sich auf ihre bisherigen Organisationsformen stützen, die in jeder Weise bereit und bemüht sind, sich ihrer kriegsbeschädigten Mitglieder gehörig anzunehmen. Aber auch für die Gewerkschaftsarbeit wird es selbstverständlich sein, die ihnen auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge erwachsenden Aufgaben nach besten Kräften zu erfüllen.

Der 14. Genossenschaftstag in Nürnberg.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hielt am 18. und 19. Juni seinen diesjährigen Verbandstag in Nürnberg, der durch liebevolle Pflege so wunderbar erhaltenen Stätte mittelalterlicher deutscher Baukunst, ab. Die Verhandlungspunkte waren alle rein geschäftlicher Natur, aber die Beziehungen und ihre Wirkungen auf die Konsumvereine sowohl als auf die ganze Genossenschaftsbewegung prägen auch dieser dritten Kriegstagung des Zentralverbandes ihren bedeutungsvollen Stempel auf. Für ständige Besucher dieser Veranstaltungen war es erfreulich, wahrnehmen zu können, daß schon in der Art des Empfanges und der Begrüßung des Genossenschaftstages durch die Stadt und die Behörden ein besonders warmer Ton zur Geltung kam; war Bayern in dieser Hinsicht schon immer angenehmer als Preußen, so kann und muß man diesmal

Nürnberg das Zeugnis ausstellen, daß dort der Organisation der Konsumenten von allen Seiten die beste Würdigung und höchste Anerkennung entgegengebracht wurde. Das zeigte sich schon rein äußerlich den anstimmenden Vertretern am Straßenrande; vor allem legte aber die Antwort des Nachtrats Dr. Merkel, die dieser auf die Begrüßungsworte des Verbandsdirektors Barth gelegentlich der Eröffnung der Tagung gab, Zeugnis davon ab. Seine Worte bezeugten viel Verständnis für die Ziele der Genossenschaftsbewegung an sich und für die Art ihres inneren Aufbaues, und er pries auch ganz besonders die wertvolle und umfassende Hilfe, die der Nürnberger Konsumverein der städtischen Kriegswirtschaft geleistet habe. Den Bericht über die Tagung übermittelte er ein „Herzliches Willkommen“ der Stadt. Beauftragte Vertreter hatten auch die Gemeindeglieder von Nürnberg und Fürth entsendet. Etwas völlig Neues bot sich in einer militärischen Vertretung; das Stellvertretende 3. Bayerische Armeekorps ließ der Tagung gleichfalls seinen Erfolg wünschen und anerkannte die Leistungen der Genossenschaften. Von den andern eingeladenen Gästen hob Genosse Silberjohann von der General-Kommission noch den Kameradschaftlichen Geist hervor, der zwischen den Gewerkschaften und den Genossenschaften herrsche und herrschen solle, und er führte die Möglichkeit der weitgehenden Pläne, die der Zentralverband der Konsumvereine verwirklichen wolle, nur darauf zurück, daß dieser vom Vertrauen weiter Volkskreise getragen sei. Er wünschte, daß dieses Vertrauen immer mehr wachse. — Eine besondere Ueberraschung für den Fernstehenden war es sicher, daß in Nürnberg auch ein Vertreter der Allgemeinen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften anwesend war, der auf die vor 15 Jahren erfolgte Trennung in Bayern hinwies, aber Genugtuung darüber äußerte, daß beide Verbände sich weiter entwickelten. Der die Gegenseite vielfach überbrückende Krieg habe auch die beiden Richtungen im „Freien Austausch“ wieder nähergebracht; auf neutralem Boden sei man zu gemeinsamen Wirken zusammengetreten. Der „Allgemeine“ Verband hoffe, daß diese Interessengemeinschaft den Krieg überdauere; Gelegenheit zu gemeinsamer Arbeit werde sich immer finden. — Ueber die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sprach dann zunächst unter Hinweis auf den vorliegenden Jahresbericht Herr Heinrich Kaufmann. (Die Hauptzahlen der Entwicklung sind unsern Lesern bekannt, brauchen also hier nicht angeführt zu werden.) Er schildert die wirtschaftliche Lage infolge des Krieges und beklagt die vielen Nachteile, die die Zwangsbewirtschaftung im Gefolge hat; aber das freie Spiel der Kräfte sei eben unmöglich, so daß die Errichtung der Reichszentralstellen zur unbedingten Notwendigkeit wurde. Verurteilt müsse werden die zu große Selbständigkeit von Gemeinden und Kreisen, die die Warenverteilung immer nach ihrer eigenen Ansicht regeln. Darunter leiden vielfach die Konsumvereine stark; Besserung habe oft erst das Eingreifen der Sekretariate der Reichsverbände gebracht. Viel bleibt aber immer noch zu tun. Großes Gewicht legte Herr Kaufmann wieder auf die Propaganda zur Stärkung der Kapitalkraft der Konsumgenossenschaften, und er erinnerte hierzu nochmals an Beschlüsse des Generalrats und der Unterverbands-tage. Den Vereinen sei dringend zu empfehlen, den Geschäftsanteil auf M. 50 zu erhöhen und mindestens 1 p. St. des Umsatzes jährlich den Reserven zuzuwenden. Weiter kam die Verwendung von Spareinlagen zu Hausanteilen in Frage usw., so daß bei Anwendung all dieser Mittel in fünf Jahren die Summe von 140 Millionen aufgebracht werden könnte.

Es wäre zu wünschen, die großen Hoffnungen Herrn Kaufmanns gingen reiflos in Erfüllung; ob die Auswirkungen des Krieges nicht doch Abstände machen, steht jedoch leider abzuwarten. Geld wird aber zweifellos in großen Mengen gebraucht; in erster Linie hätten die Genossenschaften, wie Kaufmann ausführte, die Maßnahmen dahin auszubauen, daß die Mitglieder mit allen Nachteilen versehen werden könnten. Weiter kämen Großschlächtereien und die Versorgung mit Milch und landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Frage. Auch eine bezirksweise Errichtung von Fabrikbetrieben für Spezialartikel komme in Betracht. Ein großer Teil der Produktion sei von der Großverkaufsgesellschaft aufzunehmen; in verschiedenen Bauperioden wolle man von dieser Seite 35 Millionen zum Ausbau der Eigenproduktion anlegen. Weiter müsse durch die Genossenschaften auch das Versicherungs- und das Krankwesen ausgebaut werden. Herr Kaufmann legte schließlich nochmals erneut eine gründliche Ausbildung und Heranbildung von Genossenschaftsangehörigen an und konnte noch bekanntgeben, daß der Ueberweisungsverkehr verziehender Mitglieder zumehr genau geregelt ist.

gegeben, festzustellen, ob Klägerin vor Ablauf der angelegten Fristung und mit Einverständnis der Firma das Arbeitsverhältnis gelöst hätte; wenn letzteres der Fall sei, würde ein Anspruch auf die Feuerungszulage beabsichtigt erscheinen. Zum nächsten Termin erwiderte die Firma und der Vertreter der Klägerin den geringfügigen Nachweis. Ein nachmaliger Einigungsversuch blieb ohne Erfolg; die Firma erklärte, daß sie ein prinzipielles Urteil wünsche. Falls es ungünstig für sie ausfalle, würde sie im Zukunft überhaupt wohl keine Zulage mehr zur Auszahlung bringen; die Firma lasse sich nicht zwingen, eine solche dauernd zu zahlen.

Das Urteil fiel zugunsten der Firma aus; die Klägerin wurde abgewiesen.

Begründend führte der Vorsitzende aus, daß die Klägerin die Nachbedingungen zum Bezug der Feuerungszulage nicht erfüllt habe, da sie im geschäftlichen Arbeitsverhältnis sich befand. Auch brachte er zum Ausdruck, daß dieses kein prinzipielles Urteil sei. Er empfahl aber der Firma nochmals, der Arbeiterin das Geld zu zahlen, da eine Arbeiterin, die seinen Lohn zur Unterstützung gearbeitet und in hohem Einvernehmen das Arbeitsverhältnis löst, sicher die Zulage verdient habe.

Zu bemerken ist noch, daß die Firma bereits des öfteren sich vor das Gewerbegericht begeben mußte; benannte Fälle sind schon mehrere zu verzeichnen. Viele, viele andere Fälle wurden stillschweigend hingenommen. Im vorigen Jahre, im April, kam ein ähnlicher Fall zur Verhandlung. Damals erklärte sich die Firma bereit, der Arbeiterin die inoffiziellen M 10 zu zahlen, nachdem der Gewerbegerichtspräsident dem damaligen Vertreter der Firma zu verstehen gab, er möge doch seiner Willkürfirma die Schande nicht antun und sich verziehen lassen.

Ob das obige Urteil dem Rechtsempfinden der Arbeiterschaft entspricht, muß stark bezweifelt werden. Man wird das Gefühl nicht los, daß zu sehr Rücksicht auf den guten Willen des Geschäftsberechtigten genommen wird. Allgemein ist die Auffassung verbreitet, daß benannte Feuerungszulagen in der jetzigen Zeit als Bestandteil des Lohnes anzusehen sind und daß manche Firmen sie lediglich als Werbemittel benutzen, um zu verhindern, daß die Flucht der Beschäftigten vor den höchsten Löhnen nicht allzu sehr im Erscheinung tritt. Wie verschieden die Rechtsprechung der Gewerbegerichte oftmals ist, zeigt ein ganz gleichgerichteter Fall, der vor dem Berliner Kaufmannsgericht vor einiger Zeit zur Aburteilung kam (veröffentlicht im "Vormärker", Nr. 186, 1. Beilage). Dort hatte eine Firma in ihrer Bekanntmachung zum Ausdruck gebracht, daß diejenigen, die im geschäftlichen Verhältnis ständen, keinen Anspruch auf die Feuerungszulage hätten. Das Berliner Kaufmannsgericht nahm allerdings einen anderen Standpunkt ein und verurteilte mit Recht die Firma zur Zahlung von M 100. Als das Dresdner Gewerbegericht auf dieses Urteil aufmerksam gemacht wurde, erklärte man dort: Angehörige hätten ein anderes Recht als die Arbeiter. Dem einfachen Arbeiter werden benannte Rechte unbestrittenlich

Die Firma Hartwig & Vogel hat also Recht bekommen. Ihre Arbeiterschaft hat kein unantastbares Recht auf die Feuerungszulage; sie hat aber das Recht, für diese Millionenfirma Mehrernte zu schaffen und bei niedrigen Löhnen zu bleiben. Hoffentlich zieht aber die Arbeiterschaft im Betriebe die Lehre hieraus und erzwingt sich Rechte, die für die Firma dann Gesetz sind.

Politischer Rundblick.

Die letzten Wochen beanspruchten das spanische Interesse für die von der holländisch-holländischen Kommission getroffenen Vorarbeiten zu einem internationalen Kongress der Sozialisten. Im Hinblick auf die gewaltigen Gegensätze über Krieg und Frieden, die unter den sozialistischen Parteien aller Länder bestehen und in den langen Kriegsjahren mit Erfolg von der Chauvinisten verhärtet wurden, ist es keine kleine Aufgabe, über die Friedensgespräche eine Einigung zu erzielen.

Schon die widersprechenden Nachrichten der offiziellen Propagandagenturen in Frankreich und England über das Erscheinen der holländischen Arbeitervertreter in Stockholm, zeigten uns, daß in den Kreisen der Kriegshetzer kein Mittel zur Hintertreibung der Zusammenkunft unversucht gelassen wird. Diese Elemente wissen nur zu gut, daß bei einer Aussprache die Gegensätze gelöst und der Weg zur Verständigung gefunden werden muß. Sie wissen aber auch, daß dann die letzten Steine auf dem Wege zum Frieden weggeräumt werden und ihre Herrschaft zu Ende geht.

Bis jetzt liegt über das Ergebnis der Verhandlungen, die die Kommission mit den einzelnen Landesdelegationen führte, das Memorandum der deutschen Mehrheitsvertreter vor. Hierin ist ausführlich die Ansicht zu den herrschenden Streitfragen niedergelegt. Das Memorandum lehnt sich der Lösung des russischen Arbeiter- und Soldatenrates an. Friede ohne Annexionen und Kriegszuschüßelung. Während bei den kriegshetzerischen bürgerlichen Parteien das Schriftbild fast täglich gemühdert und die Meinung ausgesprochen wurde, es sei nunmehr die Möglichkeit gegeben, auf dem angeführten Wege den Frieden herbeizuführen, fielen die Alldeutschen wie Wespe über her. Erstreckt über die Welt der Weltkriegsriegern nicht das Volk, sondern nur die sich im Kriege auf Kosten des Volkes bereichernde Clique.

Weit wichtiger erscheint uns aber, welchen Eindruck das Memorandum auf die Sozialisten in den übrigen kriegshetzerischen Ländern machte. Nach der Tagespresse äußerte sich hierüber der französische Munitionsminister Albert Thomas in der dänischen Veranlassung sehr heftig. Das Auftreten der deutschen Sozialdemokraten ihrer Meinung und den Alldeutschen gegenüber wird als sehr bezeichnend bezeichnet. Bezüglich des Krieges — das die französische Regierung unter allen Umständen zurückzuziehen will — wird sich auf die Haltung von Marx, Kugel und Meibredt im Jahre 1870 berufen. Es müßte auch auf der internationalen Konferenz die Schuldfrage über den Ausbruch des Krieges unterzogen werden. Nach der deutschen Erklärung habe es aber Zweifel, ob es einen Sinn hat, zur Konvention zu gehen.

Wie wir sehen, können sich jetzt unabweisbar erheben die Schwierigkeiten auf zu einem einheitlichen Handeln der Sozialdemokraten in den kriegshetzerischen Ländern. Wozu die Schuld liegt, können wir leider heute noch nicht feststellen; darüber wird die kommende Zeit den Schlichter suchen, wenn an Stelle des Volkshasses wieder das friedliche Einverständnis tritt.

Während man sich über den französischen Sozialdemokraten Thomas, der der deutschen Partei zum Vortritt macht, daß ihre Ansichten gegenüber der Regierung sehr verschieden sind. Als Gegenstück muß aber angeführt werden: Die französische Regierung hat bis jetzt noch nicht die Erlaubnis erteilt, daß die dortigen Vertreter der sozialdemokratischen Partei die Meise nach Stockholm antreten können. Wir konnten in keiner Tageszeitung eine Notiz darüber finden, daß dagegen protestiert werden sollte; dafür aber die erneute Zustimmung zu dem von der Regierung geforderten Kongressrecht. Solche Vorgänge beunruhigen sehr am allermeisten, den Deutschen über sehr verschiedenem Ansichten der Regierung gegenüber Recht zu machen.

Denkender als der Reichstagsler hat über die Kriegsziele der deutschen Regierung in der Mitteilung aufgeschrieben, ist das in einem Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung — dem offiziellen Regierungsorgan — erschienen. Die Mitteilung ist als Antwort auf die von Wilson an die russische Regierung gerichtete Note zu verstehen. Hier erklärt die deutsche Regierung zum erstenmal in klarer Weise, daß von Russland noch niemals Annexionen oder Kriegskontingente gefordert wurde und daher kein Grund zur Behinderung des Friedens vorhanden sein würde. Jedoch können in Russland noch die Ansprüche der Entente die Oberhand zu haben, denn die von dort kommenden Nachrichten weisen alle noch einen Einverständnis mit Deutschland zurück. Das betont auch die Auswertung des sozialdemokratischen Schweizer Nationalrates Grimm, der seinen Aufenthalt in England — wie es als Sozialdemokrat seine Pflicht ist — dazu benutzte, um eine Abschmähung der zwischen dort und Deutschland bestehenden Gegensätze zu erreichen und den Weg zum Frieden zu ebnen.

Gottlieb hat fest, daß sich die Regierungen in den kriegshetzerischen Ländern in eine Endgasse verrennt haben. Grund sind daher die Hoffnungen über den Zusammenbruch der Regierungen zu Friedensunterhandlungen. Die Völker müssen mehr als bisher die Stimme für den Frieden erheben. Die Kriegsmüdigkeit ist in allen Ländern gleich stark verbreitet — Des gramlosen Mordens ist genug! Schafft Platz für die friedliche Weiterentwicklung aller Völker!

Verbandsnachrichten.

Ordnung.

Vom 18. bis 28. Juni gingen bei der Hauptkassie des Verbandes folgende Beträge ein:

- Für Mai: Straßburg M. 15,15, Bad Reichenhall 12,70, Weiskammer 11,22, Leipzig 1. Ggg. 53,98, Genua 12,15, Gießen-Walder 23,97, Göttingen 20,20, Gersfeld 36,55, Brandenburg a. d. S. 28,78, Mühlungen 49,60, Colmar 2, Zimmern 41,40, Dornbach 41,92, Lirrach 36,44, Sonnenberg 20,82, Königswald 59,35, Stettin 123,73.

Von Einzelzahlern der Hauptkassie: M. R. (im Felde) M. 1,10, F. S. (im Felde) 2,50, F. O. Mögeln 9,80, C. L. Hann 13, Fr. M. Sildendorf 12, G. R. Oberhessen 8,40.

Für Abonnements und Annoncen: Solingen M. 3,60.

Mit der Hauptkassie relieren für Mai: Bornheimen, Habersleben und Halberstadt.

Für April und Mai: Brehme.

Für Januar bis Mai: Spremberg.

Der Hauptkassierer, O. Freitag.

Von Kollegen aus dem Felde für Unterhaltungsbedarf. An die Hauptkassie gelangt: Von W. Felsbäcker-Rolome 38, M. 22. Zähler quittiert M. 4285,27, heute quittiert M. 22, zusammen M. 4247,27.

Sterbetafel.

Hamburg-Altona. Hartwig Springe, Bäcker, 56 Jahre alt.

Rostock. Wilhelm Mahn, Bäcker, 37 Jahre alt.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Cöln. Peter Geller (Cöln a. Rh.), gefallen.

Bezirk Hamburg-Altona. Max Hennig, Konditor (Hamburg), 31 Jahre alt.

Esso ihrem Andenken!

Lehrerorgane und Streiks.

Bäder.

Sanitätskommission in Rosenheim. Wie uns aus Rosenheim berichtet wird, hat die Bädermeisterversammlung den Fachvertrag genehmigt. Während in der Zeit des Krieges, wenn wir teilhaben können, die Unternehmung besteht, sind die mit den Arbeiterorganisationen getroffenen Abmachungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuhalten, verbunden in einer Anzahl besonderer Stücke die Bädermeisterversammlung, sich solcher Abmachungen zu enthalten. Die günstigste Zeit zur Erreichung ihres Zieles erachten sie jetzt, wo fast die gesamte Schiffschiffahrt im Fernverkehr steht, wo sie zunächst dem Tode ins Auge sehen, die größten Mühsalen und Strapazen tragen müssen und Gut und Blut für ihr Vaterland lassen. Da finden es die zu Hause gebliebenen Bädermeister in Rosenheim für zweckmäßig, die mit der Arbeiterorganisation getroffenen Abmachungen zu kündigen. Mit diesem Vorgehen werden aber jeder die Innungsmi-

glieder von Rosenheim, die im Felde stehen und mit unserm Leibesmühsal den Krieg und Tod teilen, nicht einverstanden sein. Sollten bei dem tarifrechtlichen Vorgehen einiger bayerischer Bädermeisterversammlungen andere treibende Kräfte hinter den Kulissen am Werk sein? Öffentlich wird die Innung ihr Ziel nicht erreichen, und die Innungen, die von uns um Unterstützung angegangen wurden, werden anders denken.

Feuerungszulagen in Gewerkschaftsbetrieben.

Der Feuerungsverein in München erhielt die Feuerungszulage ab 1. Juni um weitere M 2 wöchentlich, so daß nunmehr die Bäder M 8 pro Woche an Zulage erhalten. Zu Beginn kommen 11 Kollegen.

Die Bäder im Feuerungsverein Erding-München bekommen wiederum ab 1. Mai eine weitere Feuerungszulage von M 2 pro Woche. Die Gesamtzulage beträgt nunmehr M 7,50 wöchentlich für die Bäder und M 1 pro Woche für die Arbeiterinnen.

Mit dem Feuerungsverein in Salmrohr wurde die Vereinbarung getroffen, den Umkleewochenlohn für die weiblichen Arbeiterinnen auf M 24 festzusetzen. Der Umfang beträgt nach wie vor M 18.

Korrespondenzen.

Bäder.

In den Bezirken Regensburg und Nürnberg fanden in der Zeit vom 1. bis 20. Juni Protokollversammlungen gegen die Wiedereinführung der Nacharbeit statt. Die Versammlungen in Augsburg, Passau, Straubing, Regensburg, Amberg, Nürnberg, Würzburg und Erlangen waren sehr gut besucht und brachten uns eine schöne Anzahl Demonstrationen. Vollständig waren die Kollegen von Erlangen zur Versammlung an und dem Verbands bei. Die Diskussion in den Versammlungen betraf sich überall in zunehmendem Maße, so daß in dieser Frage vollständige Einmütigkeit bei allen Kollegen vorhanden ist. Eine diesbezügliche Resolution, die in der Tagespresse veröffentlicht wurde, fand überall einstimmige Annahme. Nach der Stimmung der Kollegen dürfte die Wiedereinführung der Nacharbeit in den Kleinbetrieben auf harten Widerstand stoßen. Mögen die Kollegen in den Großbetrieben und Gewerkschaftsbetrieben ebenfalls ihren Mann stellen; denn wird und muß die Schande des zwanzigsten Jahrhunderts (die Nacharbeit in den Bädereien) verbannt bleiben. Eher muß die sechs-tägige Arbeitswoche ihren allgemeinen Eingang finden, als daß dieser Mißstand andauert. In vielen Orten ist ja schon auf dem Wege, so erweist in Scharnstein nur mehr ein einziger Meister an den Sonntagen. In den übrigen Orten gibt es ebenfalls schon viele Meister, die nicht nur selbst an Sonntagen ihre Hände haben wollen, sondern auch den Gehilfen und Lehrlingen dieselbe gönnen. Des-halb, Kollegen, verteidigt Eure heiligsten Güter!

Frankfurt. Im Sonnabend, 16. Juni, tagte hier eine allgemeine Bäderversammlung, zu der auch die Arbeiter in Bädereigebieten eingeladen waren. Leider war die Versammlung nur mäßig besucht; die Bädermeister waren schwach vertreten; doch hatte der Vorstand der Bädermeisterversammlung ein Schreiben geleistet, welches sich mit der wichtigsten Frage: Verbot der Nacharbeit und Zusammenlegung der Kleinbetriebe, beschäftigte und sein hohes Einverständnis zu unsern Forderungen bekundete. Auch eine Eingabe an die Herzogliche Staatsregierung sei bereits von ihm zu dem gleichen Zwecke abgehandelt worden, wie auch bei der Handwerkskammer in gleicher Sache zum Ausdruck gebracht worden. Der Referent, Kollege Freitag, Hamburg, beleuchtete an der Hand des vorliegenden Materials die Verhältnisse der Interessenten im Bädereigebiet, gab erneut die Eingabe an die einzelnen Bundesstaaten bekannt und forderte die Kollegen auf, alles auszusprechen, damit die Nacharbeit nicht wiederkehre. Die Zustimmung des anwesenden Bädermeisters zu den Ausführungen des Referenten wurde von den Kollegen freudig begrüßt. Gleiche Ziele und Bestrebungen in diesen Fragen lassen die Anträge der Gegner nicht zur Wirklichkeit werden.

Aus Unternehmerrreisen.

Konditoren.

Für einen wöchentlichen Ruhetag brach auf der Ersten Tagung des Norddeutschen Verbandes der Konditorinnenvereine Herr Spangenberg, Hamburg, eine Lanze. Obwohl der Redner mit seinen Ausführungen Anklang bei den Delegierten fand und auch erachtete, daß seine Ansicht von verschiedenen Seiten unterstützt wurde, ist aus dem in der „Bienen-Konditorzeitung“ erschienenen Bericht nicht ersichtlich, ob auch diese Anregung zum Beschluß erhoben wurde. Immerhin kann festgestellt werden, daß sich die Gegner zu dieser nur allzuberechtigten Forderung der Gehilfen nicht mehr äußerten. Wir würden uns freuen, wenn wir darin ein Zeichen erblickten zur Neuorientierung im Konditorgewerbe.

Großindustrie.

Keine Betriebszusammenlegung in der Schokoladen- und Zuckerverarbeitungsindustrie. Die Zeitschrift „Kadau und Zucker“ berichtet: Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, haben die Beratungen im Kriegsamt (Zog) ergeben, daß eine organisatorische Zusammenlegung der Schokoladen- und Zuckerverarbeitungsindustrie von zentraler Stelle unterbleiben soll. Dieser Beschluß bedeutet selbstverständlich nicht, daß man etwa die Schokoladen- und Zuckerverarbeitungsindustrie nicht zum Vaterländischen Hilfsdienst im Sinne des § 2 des Hilfsdienstgesetzes gehört. Vielmehr wird durch Beschluß des Kriegsamtes die Tätigkeit der Feststellungs- und Besonderebeschäftigte nicht berührt, die nach wie vor in ein-

gesehen Fällen darüber zu entscheiden haben, ob ein Betrieb... Es ist jedoch darauf hingewiesen, daß die Fein...

Gebrüder Steinhilber H.-G. in Köln berichtet vom... 1916. Die Beschäftigungsmöglichkeit im Holzgewerbe...

Der Vorstand des Gemeinns wird der Hauptber... fahrung an folgenden Werte vorgezogen: Zuführung...

Nach diesem Verteilungsplan des Gemeinns werden... der Höhe von 200 Millionen an beiden abnehmenden...

Sozialpolitisches.

Die Kriegshilfe der Krankenkassen. Die steigenden... der Krankenkassen der Kriegshilfe nötigen die Kranken...

Es neuer Zeit haben die Kassen der Gewerkschaften... der Gewerkschaften auf die Kranken nach...

Die Erörterungsmaßnahmen können die Kranken... der Gewerkschaften auf die Kranken nach...

Der Bundesverband der Krankenkassen in Deut... der Gewerkschaften auf die Kranken nach...

Verwaltungen in dem Punkte etwas jäherhörig sind, so... in es zu empfehlen, daß auch die Kassenmit...

Gewerkschaftliche Rundschau.

Jahresabstufung des Holzarbeiterverbandes für... 1916. Die Beschäftigungsmöglichkeit im Holzgewerbe...

Der Kassenabstufung ergibt für 1916 eine Mehraufnahme... 1916. Die Beschäftigungsmöglichkeit im Holzgewerbe...

Der Malerverband im Jahre 1916. Die Geschäfts... lage des Malerverbandes im während des Krieges aus...

Die Mitgliederzahl der modernen Gewerkschaften... Hollands liegt laut „Arbeiterzeitung“ vom 1. Januar bis...

Allgemeine Rundschau.

Wer wird nach Friedensschluss zuerst vom Militär... entlassen? Über diese für die Arbeiterbewegung so...

Die Auflösung des Heeres in den Friedensstand... wird nach und nach verlaufen. Wie lange sie dauert, kann...

- a) führende Persönlichkeiten aus dem Bereich des Han... b) Leiter von Handels-, Industrie- und landwirtschaftl...

- e) Seeleute und Fischer; f) gelehrte Arbeiter und Handwerker, soweit sie... g) ungelehrte Arbeiter jüngerer Berufe...

Genossenschaftliches.

Eine eigene moderne Bäckerei plant der Konsum... und Sparverein in Breslau zu bauen. Der Verein wird...

Ungarische Konsumvereinsbewegung. Der „Gangso“,... Großhandelsvereinsvereinigung ungarischer Konsumvereine...

Spätestens am 30. Juni ist der 27. Wochenbeitrag für 1917 (1. bis 7. Juli) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen. (Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Anzeigen. Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Hans Derfuss, Schneidermaler, Heugasse 2, 1. Et.

Zahlte gute Preise für Kontrollkassen. Offerten unter J. E. 6697 an Rudolf Mosse, Berlin SW 19. „Rucheneutsch“ bestbewährtes Mittel zum Streichen der Wäsche...